

Arbeitskampf im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt

## Es geht um mehr als 18 Minuten

„Gleiches Recht für alle – Der Flächentarifvertrag muss bleiben“: Unter diesem Motto hatte der GEW-Hauptvorstand zu einer zentralen Streik- und Protestkundgebung aufgerufen. Mehr als 6.000 Kolleginnen und Kollegen aus allen GEW-Landesverbänden folgten diesem Aufruf und kamen am 9. März in Berlin zusammen – einen Tag vor der entscheidenden Verhandlungsrunde zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) unter der Verhandlungsführung des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

### Bezahlung und Arbeitszeit „nach Kassenlage“

Ziel der GEW war es, nach unzähligen Streik- und anderen Aktionen vor Ort den Protest aus dem Bildungsbereich bundesweit zu bündeln und zugleich den Stellenwert der eigenen Organisation in dieser Tarifaufeinandersetzung deutlich zu machen. Dass die GEW auf die Solidarität mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zählen kann, zeigte sich darin, dass auf der Bühne vor dem Roten Rathaus neben Ulrich Thöne und Ilse Schaad (GEW) auch Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vor-

sitzende, Kurt Martin, ver.di- Tarifexperte, und Kerstin Philipp, stellvertretende Vorsitzende der GdP vertreten waren.

An der Kundgebung nahmen mehrere hundert Mitglieder der GEW Niedersachsen teil. Werner Potthast aus Hannover, Sozialpädagoge an der Schule auf der Bult und selbst im Streik, sprach für den GEW-Landesverband Niedersachsen.

Berlin ist an diesem kalten Donnerstag kein angenehmer Ort für eine öffentliche Kundgebung. Die Temperaturen liegen unter dem Gefrierpunkt. Eine dünne Schneedecke bedeckt den Platz. Später setzt Schneefall ein. Mit Bussen und Sonderzügen sind die Teilnehmer nach Berlin gefahren. Ein buntes Bild aus Fahnen, Transparenten, GEW-Mützen bietet sich auf dem Alexanderplatz.

Ilse Schaad, für Tarifrecht zuständiges GEW-Hauptvorstandsmitglied, heizt den Teilnehmern als erste Rednerin ein und bekommt immer wieder Beifall. „Mit dieser Kundgebung zeigen wir den Arbeitgebern in den Ländern, dass das Maß voll ist“, ruft sie aus. Im Mittelpunkt ihrer Kritik steht Hartmut Möllring, der als Hardliner bekannte Verhandlungsführer der Arbeitgeber. Der lasse keine Zweifel an seiner Zielsetzung: „Er will einfach keinen Tarifvertrag.“ Jedes Land solle machen können, was es will.

Schaad: „Das wäre Bezahlung und Arbeitszeit nach Kassenlage.“ Dann stehe jeder Einzelne – „sozusagen als Ich-Gewerkschaft“ einem übermächtigen Arbeitgeber gegenüber und dürfe schlucken, was ihm reingedreht werde. Demgegenüber setze die GEW auf einen Tarifvertrag – als „einzigen Schutz vor Willkür“.

Ilse Schaad umreißt die Ziele der GEW: Auf der Grundlage des neuen Tarifvertrages könne ein einheitliches Tarifrecht durchgesetzt werden. So könnten Arbeitszeit und Eingruppierung der Lehrkräfte „tarifriert“ und tarifliche Regelungen für den Wissenschaftsbereich erreicht werden. Die Kundgebung sieht sie als Rückenstärkung für die Verhandlungsrunde am folgenden Tag.

### Ziel ist die Beseitigung der Tarifautonomie

Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW-Bundesorganisation, greift in seiner Rede die „Scharfmacher“ auf der Arbeitgeberseite an. „Ihnen geht es nicht nur um Lohnprozente und 18 Minuten am Tag. Möllring und Co. wollen beweisen, dass es auch ohne Gewerkschaften geht.“ Dabei spielten sie die Beschäftigtengruppen der Beamten und Angestellten gegeneinander aus. Zunächst sei den Beamten das Weihnachtsgeld gestrichen und die Ar-



Foto: Joachim Tiemer

GEW zeigt Flagge. Mehr als 6000 GEW-Kolleginnen und Kollegen demonstrieren auf dem Alexanderplatz in Berlin für den Erhalt des Flächentarifvertrags.

beitszeit erhöht worden – nun solle dies „aus Gerechtigkeitsgründen“ auch auf den Angestelltenbereich übertragen werden. Thöne wörtlich: „Die Kündigung der Tarifverträge zu Arbeitszeit und Weihnachtsgeld waren nur der Testballon. Langfristig soll alles dezentral geregelt werden, was Geld kostet.“

Herr Möllring und seine Leute wollten am Ende die Tarifautonomie beseitigen. Ihr Ziel sei es, jedem Beschäftigten die Arbeitsbedingungen einzeln zu diktieren. Sie wollten den geltenden Flächentarifvertrag ebenso loswerden wie die bundeseinheitliche Beamtenbesoldung. Dabei stünden nicht zufällig die reichen Bundesländer wie Bayern und Hessen in vorderster Front, die sich im Wettbewerbsföderalismus Vorteile erhofften.

Thöne setzt dagegen die Ziele der GEW: Bildung sei „das soziale Kapital unseres Landes“. In allen Bundesländern müsse es gute Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen geben. Einheitliche, vernünftige Arbeitsbedingungen seien die Grundlage für hochwertige Angebote. Qualität und zufriedene Beschäftigte seien zwei Seiten einer Medaille. „Dafür steht der Flächenvertrag im öffentlichen Dienst.“

Ursula Engelen-Kefer spricht für den DGB. In den Versuchen der öffentlichen Arbeitgeber, den Flächentarifvertrag zu brechen und die Föderalismusreform durchzusetzen, sieht die stellvertretende DGB-Vorsitzende die Gefahr eines staatlich verordneten „Dumping-Wettbewerbs“, der eine Abwärtsspirale auslösen werde. „Diese Abwärtsspirale bedroht massenhaft



„Wir lassen uns nicht auseinander dividieren.“ Werner Pottthast aus Hannover bei seiner Rede in Berlin.

Foto: Kay Hirschelmann

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und beeinträchtigt die Lebensqualität erheblich.“ Das verfassungsrechtlich gebotene Ziel der „Herstellung gleicher Lebensverhältnisse“ werde so ad absurdum geführt.

### Finanzminister Möllring im Zentrum der Kritik

Engelen-Kefer ruft dazu auf, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht zu Sündenböcken für die Finanzmisere der öffentlichen Haushalte zu machen. Nicht sie seien schuld an der Einnahmeschwäche des Staates, sondern die Steuersenkungspolitik, die schwache Binnenkonjunktur und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit.

Entsprechend der in mehreren Telefonkonferenzen verabredeten Regie sprechen auch

am Streik beteiligte Kolleginnen und Kollegen. Werner Pottthast spricht für Niedersachsen. Der 53-Jährige ist als Sozialpädagoge an der Schule Auf der Bult in Hannover beschäftigt und hat sich an den Streiks aktiv beteiligt. Er hat Finanzminister Möllring (CDU), den Sprecher der TdL, im Visier. Dieser scheine nicht so genau zu wissen, dass man in Zeiten von Demokratie und Tarifverträgen über Änderungen „verhandeln muss“. Er habe offensichtlich kein Interesse an einer Einigung mit den Gewerkschaften. Seine Strategie der „Nicht-Verhandlungsführung“ bezeichnet Pottthast als Auslöser für die Streiks im öffentlichen Dienst. Wörtlich: „Herr Möllring, wir sind nicht mehr bereit, weitere Verschlechterungen an unseren Arbeitsplätzen und bei unseren Einkommen hinzunehmen!“ Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes forderten eine leistungsgerechte Entlohnung für ihre verantwortungsvolle Arbeit. Die Gewerkschaften und die Beschäftigten ließen sich nicht auseinander dividieren. Wenn die Arbeitgeberseite sich nicht bewege, „dann werden wir auch in Zukunft keine Ruhe geben“. Die Beschäftigten würden weiterhin „selbstbewusst und unerschrocken“ für ihre Interessen kämpfen.

Die Kundgebung am Alexanderplatz hat gezeigt, dass die GEW auch im Tarifbereich handlungsfähig ist und auf die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder zählen kann. Gemeinsam mit ver.di und der GdP wird sie die Auseinandersetzung um einen angemessenen Tarifvertrag bis zum Erfolg weiterführen. jt

## Wir müssen lernen zu kämpfen, auch wenn's schwer fällt



Ein Kommentar von  
EBERHARD BRANDT

Wofür dieser Streik gut sein soll, könne die Gewerkschaft der Öffentlichkeit nicht vermitteln, höhnt Finanzminister Möllring, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft der Länder. Niemand könne verstehen, dass dagegen gestreikt, wenn die Arbeits-

zeit der Angestellten im Landesdienst um täglich 18 Minuten verlängert werden soll. Für die Verwaltungsbeamten habe die Landesregierung dies schließlich schon verordnet. Nun müssten Gerechtigkeit und Gleichbehandlung walten. Diese Polemik variiert Möllring täglich aufs Neue und findet Gehör in den Medien.

Geht es aber wirklich um lächerliche 18 Minuten? Unmittelbar geht es für die 4500 Angestellten GEW-Mitglieder gar nicht um die Arbeitszeit, denn für sie gilt überwiegend die Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte. Für sie geht es zunächst um den Erhalt des Weihnachtsgeldes und des Urlaubsgeldes. Das ist keine Kleinigkeit. Möllring will keinen Tarifvertrag abschließen, in dem noch etwas für die Beschäftigten davon übrig bleibt. Darum verweigert er seine

Unterschrift unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

Für die Angestellten, die eine Wochenarbeitszeitregelung haben, ist die Verlängerung der Arbeitszeit schon ein Thema. Als die Arbeitszeit gekürzt wurde, haben die öffentlichen Arbeitgeber nicht die täglichen Minuten gezählt, sondern die Stunden im Monat. Die Löhne und Gehälter wurden damals eingefroren und zwar für zwei Jahre unter dem Inflationsausgleich. So teuer war die Arbeitszeitverkürzung. Aber bei der Verlängerung der Arbeitszeit soll es nach Möllring nicht auf die Kosten ankommen. Da sollen sich die Gewerkschaftsmitglieder mal nicht so anstellen. Noch während der Tarifverhandlungen fordern die Ministerpräsidenten aus Bayern und Thüringen, dass die Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden angehoben werden soll und sie bringen die gesetzliche Arbeitszeitgrenze von 48 Wochenstunden ins Gespräch. Für GEW und Ver.di geht es also darum, einem Dammbreach vorzubeugen. Schon kleine Löcher in Dämmen können bei einer Flut gefährlich werden.

Die 300 Kolleginnen und Kollegen aus den Förderschulen, die in den letzten Wochen gestreikt haben, sind unmittelbar von der Arbeitszeitverlängerung betroffen. Sie haben zwangsweise Teilzeitverträge. Arbeitszeitverlängerung bedeutet für sie Gehaltskürzung. Viele haben

befristete Verträge und damit keine sicheren Arbeitsplätze. Von den unmittelbar Betroffenen waren viele aktiv. Einzelne angestellte Lehrkräfte haben auch mitgemacht.

Wir hatten alle Angestellten aufgerufen, am 9. März zu streiken und in Berlin zu demonstrieren. Streik ist für die GEW neu. Darin haben wir noch keine Übung, wissen also um die begrenzte Zahl der Teilnehmenden. War die Berliner Demonstration trotzdem notwendig? Die öffentlichen Arbeitgeber, allen voran der Scharfmacher Möllring, wollen den Gewerkschaften ihr Kreuz brechen. Sie wollen den Streik ins Leere laufen lassen, damit sie die Arbeitsbedingungen nicht mehr aushandeln müssen, sondern einseitig diktieren können. Ihr offenes deklariertes Ziel: Die Einkommen weiter senken und die Arbeitszeiten erhöhen. Für Angestellte und Beamtinnen und Beamte. Das würde an Lehrerinnen und Lehrern nicht vorbeigehen. Dazu passt, dass die Bundestagsfraktionen gerade beschlossen haben, die Beamtenbesoldung zur Ländersache zu machen. So soll die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden.

Darum mussten wir versuchen, am Vortag der Tarifverhandlungen in Berlin öffentlich aufzutreten. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Wir müssen lernen für unsere Interessen einzustehen. Auch wenn's noch schwer fällt. Auch wenn die Ergebnisse von Tarifabschlüssen keine Traumergebnisse werden. Und auch wenn es länger dauert, überhaupt einen Tarifvertrag durchzusetzen.

(Dieser Kommentar wurde vor den Tarifverhandlungen am 10. März 2006 geschrieben.)